

Helleiner, Gerald K.

Article

Nord-Süd-Fragen in den achtziger und neunziger Jahren: Reflexionen über den Brandt-Bericht

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Helleiner, Gerald K. (1993) : Nord-Süd-Fragen in den achtziger und neunziger Jahren: Reflexionen über den Brandt-Bericht, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 19, Iss. 2, pp. 183-201

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332398>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Nord-Süd-Fragen in den achtziger und neunziger Jahren: Reflexionen über den Brandt-Bericht*

Gerald K. Helleiner

1. Die Bedeutung des Brandt-Berichts in den neunziger Jahren

Die Analyse der Brandt-Kommission bleibt im wesentlichen korrekt. Seit der Veröffentlichung ihres Berichts im Jahre 1980 und dem darauffolgenden Cancún-Gipfel im Jahre 1981 hat es bedeutende Veränderungen in der Weltwirtschaft und im politischen System sowie einige grobe Rückschläge für die Entwicklungsländer gegeben. Keine dieser Entwicklungen verminderte jedoch die Stichhaltigkeit ihres Arguments. Es ist immer noch im Interesse der reichen Industrieländer, daß sich eine gerechte und dauerhafte Entwicklung in den materiell ärmeren Teilen des Planeten vollzieht. Nicht voll genutztes Potential an menschlichen und erneuerbaren Ressourcen kann bedeutend mehr zur Wohlfahrt aller beitragen. Das Gleiche bewirkt ein umsichtigeres und bewußteres Management der weltweiten Ressourcen und der globalen Makroökonomie. Diese Argumente beruhen nicht auf den potentiellen keynesianischen Nachfrageeffekten aus massiven Transfers an die Armen (dies ist immer zweifelhaft gewesen). Vielmehr stammen sie von dem Potential, die Angebotskapazität zu vergrößern und sie in jenen Teilen der Welt, in denen die Kluft zwischen tatsächlicher und potentieller Nutzung am größten ist, effektiver und umfassender zu nutzen.

Da verbesserte Telekommunikations- und Transportsysteme weiterhin die Entfernungen zwischen verschiedenen Vierteln innerhalb des weltweiten Dorfes verkürzen, wird es immer klarer, daß die alten, sich nur auf die nationale Ebene erstreckenden ökonomischen und politischen

* Diese Arbeit wurde für das Symposium „Von Cancún nach Wien“ erstellt, das vom Bruno-Kreisky-Forum für internationalen Dialog finanziert wurde und am 13. und 14. September 1992 in Wien stattfand. Die Übersetzung aus dem Englischen besorgte Mag. Thomas Lichtenberger.

Systeme alleine jenes Maß an dauerhaftem und gerechtem Fortschritt, den die Mehrheit der Menschen dieser Erde anstrebt, nicht erzielen können.

Der objektive Bedarf an offiziellen Aktionen zur Förderung der Entwicklung im Süden – in Form von stark erhöhten Geldflüssen sowie anderen Maßnahmen – hat über die Jahrzehnte seit dem Verfassen des Brandt-Berichts zugenommen. Solche Handlungen zur Förderung der Entwicklung stellen, wie die Brandt-Kommission auch ausführt, neben ihren vorteilhaften globalen Auswirkungen immer noch auch einen moralischen Imperativ dar.

Obwohl die Argumente der Brandt-Kommission seit jener Zeit, als sie zum ersten Mal vorgebracht wurden, bis in die Gegenwart Gültigkeit besitzen, haben sie wenig Reaktion von seiten der Regierungen der Industrieländer erfahren. Unter den Betroffenen hingegen ist die Notwendigkeit, auf die Botschaft der Brandt-Kommission zu reagieren, sogar dringender geworden. Der Bericht der Brundtland-Kommission und des Umwelt-Gipfels in Rio haben die Umweltdimension der früheren Botschaft erheblich verstärkt und eine umfangreiche Reaktion seitens der Öffentlichkeit, der Medien und der Politik bewirkt. Sorgen um die Umwelt haben die Welt näher an ihre erste globale Steuer (die Kohlenstoffsteuer) als jemals zuvor herangebracht. In anderen Bereichen ist es bisher leider ein viel düstereres Jahrzehnt gewesen.

2. Globalisierung und die Notwendigkeit globalen Regierens

Die „Globalisierung“ wirtschaftlicher Angelegenheiten ist in den neunziger Jahren in der internationalen Geschäftswelt in aller Munde. Dies ist heute eher der Fall als vor nur einem Jahrzehnt. Kapital, Ideen und Information fließen nun mit Lichtgeschwindigkeit um die Erde. Auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, ist heute fast überall ein übereinstimmendes Ziel. Das Faxgerät, satellitengestützte Kommunikation und andere Reise- und Kommunikationssysteme durchdringen bislang unberührte Regionen und vereinheitlichen die Weltmärkte immer mehr und effektiver. Multinationale Unternehmen und Allianzen zwischen Firmen über die eigenen Landesgrenzen hinweg stehen an der Spitze dieser Veränderungen.

Die Verzweigungen der wirtschaftlichen Globalisierung sind überall zu sehen. Was in solchen Bereichen wie den Informationsflüssen bereits in diese Sphäre durchgesickert ist, ist nicht mehr rückgängig zu machen. Wir werden noch viel mehr derartige Veränderungen erleben. Auf überwältigende Weise wird die Veränderung durch Technologie, Marktanreize sowie Institutionen und Akteure außerhalb des Regierungssektors angetrieben. Unterhändler bei Verhandlungen über Handelsabkommen und Diplomaten haben nur beschränkten Einfluß darauf gehabt, was im Augenblick vor sich geht. Während Firmen aus Entwicklungsländern

bisher eine vergleichsweise untergeordnete Rolle in diesen Veränderungsprozessen gespielt haben, gibt es keinen Grund, warum diese künftig nicht weit einflußreicher sein sollten.

Natürlich hat das Prinzip der komparativen Vorteile noch immer Gültigkeit. Keine Nation oder private Unternehmung kann logischerweise in jedem Bereich relativ besser sein. Es wird in der neuen weltumspannenden Wirtschaft immer für jeden einzelnen eine Rolle geben, selbst für die Ärmsten und Schwächsten. Viel mehr als die früher überbetonten Prinzipien der statisch optimalen Allokation, die nur sicherstellen, daß die Stagnation effizient ist, hebt die moderne ökonomische Theorie aber die Wichtigkeit von technischer Veränderung, Lernen und positiven (nicht marktbezogenen) externen Effekten im Prozeß des Wirtschaftswachstums und der wirtschaftlichen Entwicklung hervor. Die aktive Präsenz auf den Weltmärkten für Ideen sowie Güter und Dienstleistungen ist ein wichtiger Stimulus für Innovation, Lernvorgänge und technischen Fortschritt.

Entwicklungsländer müssen Aktivitäten und institutionelle Formen finden, die es ihnen erlauben, die Lerngelegenheiten, die die neue globalisierte Wirtschaft bietet, voll auszuschöpfen. Jene kleinen und armen Länder oder Regionen an der Peripherie des Weltmarktes haben vielleicht größere Schwierigkeiten damit; aber auch sie haben Möglichkeiten und Gelegenheiten. In den Entwicklungsländern wird es wie überall anders auch – und tatsächlich ist dies schon der Fall – lokale und internationale Reaktionen auf globale Einflüsse und ihre Auswirkung auf die herkömmliche Kultur, Institutionen und Werte geben. Wie schon immer besteht die Herausforderung darin, das zu erhalten, was an lokalen und nationalen Kulturen und Institutionen am besten ist, und gleichzeitig das Maximum aus dem Kontakt mit der Außenwelt herauszufiltern. Die Spannungen in diesen Beziehungen werden weiterhin sowohl großartige Literatur entstehen lassen als auch periodisch gewalttätige Konfrontationen hervorrufen.

Das vielleicht kritischste und potentiell explosivste weltwirtschaftliche Problem ist die wachsende Integration des weltweiten Arbeitsmarktes. Arbeitskraft fließt nicht so schnell und mit so geringen Kosten wie Kapital, aber sie folgt denselben Anreizen. Es ist eine Illusion zu glauben, daß in einer Welt, die sich in anderen Bereichen – Reisen, Kommunikation, Kapitalfluß, übernationale Firmenverbindungen etc. – in so hohem Maße „globalisiert“ hat, die Arbeitskraft für immer in ihrem Fluß durch traditionelle nationale Grenzen eingeschränkt werden kann. Über neunzig Prozent der Kinder dieser Welt werden in Entwicklungsländern geboren. Die relativ kleine und alternde Bevölkerung der Industrieländer kann dieser weltweiten demographischen Entwicklung nicht widerstehen. Die legale und illegale Arbeitskräftewanderung wird zwangsläufig weltweit unter den Kernproblemen des 21. Jahrhunderts sein. Die politischen Spannungen, die bereits im Umfeld der Einwanderung und Rassenbeziehungen zu beobachten sind, bieten einen Vorgeschmack darauf, was uns künftig bevorsteht.

Die zunehmende Globalisierung wirtschaftlicher Angelegenheiten, die durch die kürzer werdenden wirtschaftlichen Entfernungen hervorgerufen wird, hat weitreichende Auswirkungen auf unsere traditionellen, auf dem Nationsgedanken beruhenden Regierungssysteme. Was immer man über die gegenwärtige Rolle des Staates in einzelnen Nationen denken mag, es kann wenig Zweifel darüber geben, daß die Weltwirtschaft nicht ausreichend regiert wird.

Weltmärkte können keine weltweiten öffentlichen Güter zur Verfügung stellen oder die zufriedenstellende Verwendung der weltweiten Ressourcen sicherstellen. Um ein Mindestmaß an makroökonomischer Stabilität zu erreichen, geschweige denn Ziele im Hinblick auf Einkommensverteilung oder Entwicklung, wird es schließlich erforderlich werden, effektivere und repräsentativere Mechanismen der (weltweiten) Wirtschaftslenkung zu entwickeln. Eher früher als später wird es notwendig werden, Mittel zur Kooperation zu finden, um Störungen und andere unerwünschte Folgen, die durch das „Herumjonglieren“ mit noch nicht dagewesenen Dollarmilliarden an unbeständigem privaten Kapital auf den Weltwährungs- und Kapitalmärkten hervorgerufen werden, im Auge zu behalten und einzudämmen. Die Zusammenarbeit unter den Aufsichtsbehörden in der weltweiten Finanzarena hinkt auf bedauerliche Weise hinter den revolutionären Veränderungen auf dem Markt selbst hinterher. Weltweite Regeln für den Handel mit Gütern und Dienstleistungen, Investitionen, geistigem Eigentum u. ä. werden umständlich aufgestellt. Effektive Regeln, um restriktive Handelspraktiken und Mißbräuche von dominierenden Machtpositionen im Zaum zu halten, werden noch kommen.

Zuletzt müssen globale Regierungssysteme so demokratisch und akzeptabel für die Regierten sein, wie wir es jetzt, unter Androhung des Einstellens ausländischer Hilfe, für nationale verlangen. Wir sind noch weit von diesem Ziel entfernt. Die Macht in den bedeutendsten internationalen Finanzinstitutionen (Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank) richtet sich nach der wirtschaftlichen Stärke. Generell trifft in wirtschaftlichen Angelegenheiten eine geizige, reiche Oligarchie von sieben Ländern (oder sind es tatsächlich nur drei?) die wichtigsten Entscheidungen für eine weltweite Wirtschaftsgemeinschaft von mehr als 180 Nationen. Selbst wenn das „Direktorium“ in Form der G7 tadellos und durchwegs in globalem Interesse agierte, eine unwahrscheinliche Aussicht, würden andere Länder dementsprechend ihr Recht auf Mitsprache bei den Entscheidungen geltend machen, sogar wenn es sich als ökonomisch „ineffizient“ herausstellte. Das System der Vereinten Nationen, daß ein Land eine Stimme hat, ist, obwohl es die Interessen der Mehrheit mehr schützt, auch nicht übermäßig attraktiv. Wie soll denn die Welt demokratisch regiert werden? Wie soll sie denn in eine dauerhafte, gerechte und ausreichend effiziente Zukunft geführt werden, die auch politisch annehmbar ist?

Da die ehemaligen zentralen Planwirtschaften eine nach der anderen dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beitreten und

Signaturen des GATT werden, zerfällt ein Teil des logischen Fundaments einer unabhängigen Rolle der Vereinten Nationen in den weltweiten wirtschaftlichen Angelegenheiten. Es kann nicht mehr länger behauptet werden, daß nur die Vereinten Nationen praktisch alle Länder zu ihren Mitgliedern zählen. Dennoch kommt den Vereinten Nationen eine eigene potentielle Rolle im Bereich der Wirtschaft zu – nämlich eine ganzheitlichere und längerfristige Sicht einzunehmen, als Finanzminister es typischerweise tun, und wirkungsvoller für die Mehrheit der Menschen dieser Welt einzutreten, als dies der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank können (wo die Macht viel offensichtlicher die wirtschaftliche Stärke ihrer Mitglieder reflektiert und die Entwicklungsländer daher ziemlich beschränkten Einfluß haben).

Das Sekretariat der Vereinten Nationen ist vor kurzem eines großen Teils seiner Kapazität im Bereich der Wirtschaft entledigt worden. Dieses fehlgeleitete Bemühen, die Ressourcen der Vereinten Nationen auf relativ kurzfristige internationale Friedens- und Sicherheitsfragen zu konzentrieren und dabei angeblich ihre Effizienz zu steigern, läßt die Berücksichtigung ökonomischer Fragen von weltweiter Bedeutung auf sogar noch schädlichere Weise als bisher in den Händen der in Washington ansässigen internationalen Finanzinstitutionen zusammenlaufen. Ohne Zweifel ist dies genau das, was einige derer beabsichtigen, die auf diese Reformen drängten. Aber es wird sich zwangsläufig herausstellen, daß die Verantwortlichen für diese „Rationalisierungen“ unrecht haben. Die ungleich verteilte Führungskompetenz bei IWF und Weltbank (mit besonders übermäßigem Einfluß des U. S.-Finanzministeriums), die Tatsache, daß sie von konservativen Finanzministerien und Zentralbanken dominiert werden, und ihr eher getrübler bisheriger Erfolg bei Entwicklungsbemühungen in den letzten Jahren schränken sowohl ihre öffentliche Legitimität als auch ihre gesamte Glaubwürdigkeit als zukünftige Manager der globalen Wirtschaft ein. Zunehmende Konzentration der weltweiten wirtschaftlichen Macht bei IWF und Weltbank wird zwangsläufig – paradoxerweise – den Druck von seiten der Öffentlichkeit und der Entwicklungsländer erhöhen, diese vermehrt „zentralen“ Institutionen zu reformieren (obwohl es noch einige Zeit erfordern wird, diese Reformen durchzuführen).

Ein kleines, hoffnungsvolles Zeichen kann vielleicht in der Art und Weise gesehen werden, wie die Weltbank begonnen hat, den Fortschritt der Entwicklungsländer als Ganzes aufzuzeichnen. Bei der Gewichtung der nationalen Wachstumsraten des Pro-Kopf-BIP, welche der Ermittlung eines Gesamtdurchschnitts dient, wird nun zum ersten Mal (1991) jedes Land mit der Größe seiner Bevölkerung gewichtet. Diese radikale Anerkennung dessen, daß alle Menschen von gleicher Bedeutung sind, und nicht Dollars, tritt in ihren eigenen oder fremden Analysen des Fortschritts der Weltwirtschaft (oder ebenso in Berechnungen des durchschnittlichen Fortschritts auf der Ebene einzelner Nationen) nicht zutage. Dennoch stellt dies die Anerkennung von grundlegenden demokratischen Prinzipien durch zumindest eine der wesentlichsten Institutionen

im Herzen der Finanzgemeinschaft der Welt dar, wie sie niemals bisher solcherart anerkannt worden sind. (Man argwöhnt, daß die vollen Auswirkungen dieses neuen Meßverfahrens noch nicht von den Hauptmitgliedern erfaßt worden sind.)

3. Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft nach dem Brandt-Bericht

Im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts sind die Entwicklungsländer in der Arena der Weltwirtschaft außerordentlich erfolglos gewesen – sowohl bei Verhandlungen als auch, wie das mit Ausnahme einiger weniger asiatischer Länder bei allen der Fall ist, in der Einzelleistung.

Die Uruguay-Runde, die in einem Entwicklungsland begonnen wurde, um angeblich die frische Aufmerksamkeit, die den Sorgen der Entwicklungsländer gewidmet werden soll, aufzubauschen, kehrte bald zu den traditionellen GATT-Verhandlungspraktiken zurück. Wieder einmal beruhen Erfolg oder Niederlage auf den Verhandlungsergebnissen der bedeutendsten Industriemächte. Es wurden im Gegenteil in der Uruguay-Runde größere Zugeständnisse als in allen vorhergehenden „Runden“ von den Teilnehmern aus den Entwicklungsländern gefordert – unter anderem bei Tarifbindungen, Vorkehrungen im Hinblick auf die Zahlungsbilanz, Dienstleistungen, Exportsubventionen, geistiges Eigentum, Investitionsmaßnahmen und damit verbundene Dienstleistungen. Von den leeren Phrasen über „standstill“, „rollback“ oder „unterschiedliche und günstigere“ Behandlung für Entwicklungsländer, die in der Eröffnungsdeklaration von Punta del Este zu finden sind, kam wenig Substantielles. Bezeichnend für das Ungleichgewicht im Ergebnis ist, daß skandalöserweise weitere zehn Jahre für den Abschluß des Multifaserabkommens eingeräumt wurden, wenn tatsächlich jemand daran glaubt, daß es zumindest dann abgeschlossen wird. (Wann hat zum letzten Mal ein Entwicklungsland zehn Jahre eingeräumt bekommen, um strukturelle Anpassungen einer ganzen Volkswirtschaft vorzunehmen, geschweige denn einer einzelnen Branche, die bereits eine dreißigjährige Trittbrettfahrt genießt?) In der Zwischenzeit bleiben die Kosten des Protektionismus des Nordens für die Entwicklungsländer in enormer Höhe. Die Weltbank schätzt, daß ein fünfzigprozentiger Abbau der Handelsbarrieren der Vereinigten Staaten, der EG und Japans Gewinne ungefähr in Höhe des derzeitigen Nettostromes an offizieller Entwicklungshilfe bringen würde. (Die Verteilung unter den Entwicklungsländern wäre offensichtlich gänzlich unterschiedlich.)

Es sieht so aus, als ob handelspolitische Kurse und damit verbundene Fragen der Investitionspolitik in den neunziger Jahren mit einer größeren Wahrscheinlichkeit regionalisiert werden, als dies vor einem Jahrzehnt vorgesehen wurde. Die künftige Nordamerikanische Freihandelszone und die Initiative „US-Unternehmen für Amerika“ (die Bush-Initiative) haben den Impetus für die Regionalisierung der westlichen He-

misphäre geliefert. Die Lomé-Konvention dominiert weiterhin die Beziehungen zwischen den AKP-Ländern und Europa. Es ist verständlich, daß es parallele Bewegungen in Japan und an der pazifischen Küste gibt. Manche haben das GATT schon lange für tot erklärt und viele mehr klammern nun ihre Hoffnung (und häufig ihre Befürchtungen) an regionale Handelsabkommen.

Tabelle 1:**Gesamter Nettofluß an Ressourcen an die Entwicklungsländer**

	1980	1982	1990
Laufende Preise (Mrd. US-\$)			
Offizielle Entwicklungshilfe	37,8	33,8	62,6
Private Nettoflüsse	66,2	58,2	60,8
Gesamte Nettoflüsse	128,3	116,0	144,2
Von Entwicklungsländern bezahlte Zinsen und Dividenden	63,5	95,3	96,0
Gesamte Nettotransfers	64,8	20,7	48,2
Konstante Preise (1989, Mrd. US-\$)			
Einnahmen aus öffentlicher Entwicklungshilfe	52,9	51,2	55,9
Gesamter Nettofluß an Ressourcen	179,4	175,6	128,9
Zusammensetzung der gesamten Nettoflüsse (in %)			
Offizielle Entwicklungshilfe		29,1	43,4
Ausländische Direktinvestitionen		11,0	22,2
Bankdarlehen		32,7	12,8
Exportkredite		11,8	3,2
		100,0	100,0

Quelle: OECD, DAC, 1991 Report (Paris 1991) 113.

Auf dem internationalen Finanzparkett waren die Erfahrungen der Entwicklungsländer im letzten Jahrzehnt sogar noch trüber. Obwohl einige der Risiken in der internationalen Finanzszene im Brandt-Bericht aufgedeckt wurden, waren Katastrophen nicht in den Dimensionen, in denen sie tatsächlich zum Tragen kamen, vorhergesehen. Die Schuldenkrise und der damit verbundene Zusammenbruch der Kreditwährung an schuldengeplagte Kunden durch Geschäftsbanken reduzierte den Nettofluß an finanziellen Mitteln in die Entwicklungsländer stark. Hohe reale Zinssätze während des gesamten Jahrzehnts stellten zusätzlichen Druck auf die Schuldnerländer dar. Bescheidene Steigerungen der offiziellen Entwicklungshilfe konnten diese Effekte bei weitem nicht ausgleichen (obwohl es zu einem gewaltigen Anstieg – von 29 Prozent auf 43 Prozent zwischen 1982 und 1990 – im relativen Anteil der offiziellen Entwick-

lungshilfe an den gesamten Zahlungsströmen in die Entwicklungsländer gab); (vergleiche Tabelle 1). Der Nettoabfluß an finanziellen Mitteln aus dem Land hinaus wird daher in Lateinamerika und in der Gesamtheit der schuldengeplagten Länder während der neunziger Jahre bestehen bleiben. Der Kapitalfluß aus/in Portefeuilles, ausländische Direktinvestitionen und rückfließendes Fluchtgeld helfen vielleicht den etwas wohlhabenderen Entwicklungsländern, aber niemand erwartet, daß solche privaten (Zahlungs-)Ströme dem Entwicklungsbedarf der Mehrheit gerecht werden.

Der IWF und die Weltbank, die tragenden Säulen des internationalen Finanzsystems, übernahmen in den achtziger Jahren einen signifikant höheren Anteil der gesamten Schulden der Entwicklungsländer; die multilaterale Verschuldung betrug 1990 20 Prozent der Gesamtverschuldung und war somit gegenüber nur 6 Prozent im Jahre 1982 höher (28 Prozent gegenüber 13 Prozent in Afrika südlich der Sahara). Zusammen aber haben sie in den vergangenen fünf Jahren insgesamt Geld aus den Entwicklungsländern abgezogen, anstatt es hineinfließen zu lassen. Als kurzfristiger Geldgeber ist der IWF gezwungen gewesen, jene Darlehen, die er in den schwierigen frühen achtziger Jahren in Form von Transferzahlungen in der Höhe von 30 Milliarden Dollar gewährte, in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts wieder hereinzubekommen (vergleiche Tabelle 2). Der gegenwärtige Einfluß der Washingtoner Finanzinstitutionen auf die Ereignisse und Politik in den Entwicklungsländern ist wahrlich bemerkenswert in Anbetracht ihres insgesamt negativen finanziellen Beitrags in den letzten Jahren.

Tabelle 2:

Netto-Transferzahlungen an/aus Entwicklungsländer(n) durch Weltbank und IWF

	1985	1986	1987	(Mill. US-\$)		1990	1991*	Insgesamt 1986-90
Weltbank (IBRD/IDA)	4.921	3.203	2.002	-732	-466	1.747	n/a	5.754
IWF	-3.075	-5.463	-8.437	-7.826	-4.696	-2.414	-878	-28.836
Gesamt	1.216	-2.260	-6.435	-8.558	-5.162	-667	n/a	-23.082
* Prognose								

Quelle: World Bank, World Debt Tables, 1991-92.

Einige Entwicklungsländer – insbesondere in Süd-, Südost- und Ostasien – zeigten in den achtziger Jahren eine gute Leistung. Die Wachstumsraten in diesen Ländern waren genauso gut oder besser als im vor-

angegangenen Jahrzehnt. Ihr Erfolg scheint auf einer wohlüberlegten Ausgewogenheit zwischen Eingriffen des Staates in ausgewählten Bereichen, vorsichtiger makroökonomischer Politik und einem reifenden privaten Sektor zu beruhen; die Produktivität in der Landwirtschaft und die Industrialisierung sind in den Vordergrund gerückt worden. Der in diesen Ländern zu verzeichnende Fortschritt hat großes Interesse in anderen Teilen der Entwicklungsländer geweckt.

In den meisten Entwicklungsländern sind jedoch die Menschen im vergangenen Jahrzehnt viel weniger glücklich gewesen. Im überwiegenden Teil Afrikas und Lateinamerikas gelten die achtziger Jahr hinsichtlich wirtschaftlicher Entwicklung (nicht aber hinsichtlich politischer Veränderung) als „verlorenes“ Jahrzehnt. Die Pro-Kopf-Einkommen sanken, die produktive und soziale Infrastruktur verschlechterte sich, die Investitionen stagnierten oder fielen, und die Häufigkeit absoluter Armut mehrte sich. Negative externe (globale) Einflüsse, einschließlich jener, die im Brandt-Bericht angesprochen werden, spielten bei dem wirtschaftlichen Debakel dieser Regionen in den achtziger Jahren eine Hauptrolle. Weltweite Rezession und/oder langsames Wachstum, weltweit hohe Realzinssätze, niedrige Rohstoffpreise, zunehmender Protektionismus des Nordens und stark reduzierte Kreditwürdigkeit der Geschäftsbanken an Entwicklungsländer trugen zu Zahlungsbilanz- und Schuldenkrisen bei und intensivierten die Schwierigkeiten bei einzelstaatlicher makroökonomischer Politik. Stabilisierung und strukturelle Anpassungsprogramme – häufig stark beeinflusst durch die Ansichten in IWF- und Weltbankmissionen – beherrschten die makroökonomische Erfahrung der betroffenen Länder. Das verzweifelte Bemühen, Mittel aus dem Ausland zu bekommen, veranlaßte viele mißtrauische Politiker in einkommensschwachen Ländern, Reformen einzuleiten, die von den Spendern beeinflusst waren und die weit über das hinausgingen, was sie selbst für wirtschaftlich wünschenswert oder politisch erträglich erachteten. Dieser „Neo-Imperialismus“ (1) (der Ausdruck stammt aus der *Financial Times* vom 25. und 26. April 1992) muß erst signifikant positive Resultate zeigen. Vielmehr scheinen die effektivsten Reformen immer jene gewesen zu sein, die gänzlich von jenen durchgeführt worden sind, die sie initiiert haben.

Einige lateinamerikanische Länder begannen in den frühen neunziger Jahren wieder, sich aufwärts zu entwickeln. Privates Kapital begann, wenn auch offensichtlich unbeständig, zurückzufließen. Aber die gesamte jüngst zu verzeichnende Leistung und die unmittelbare Zukunft zeigen sich immer noch viel schwächer, als viele es zu Beginn der achtziger Jahre für wahrscheinlich gehalten haben.

Das (mit der Bevölkerung gewichtete) Pro-Kopf-Einkommen in allen Entwicklungsländern zusammen fiel sowohl im Jahre 1990 als auch 1991; ein derartiger durchschnittlicher Rückgang von einem Jahr auf das andere war vorher im gesamten Zeitraum, für den die Weltbank diese Daten aufzeichnete (seit 1965), nicht zu verzeichnen gewesen. Die Rohstoffpreise sanken während des gesamten Jahrzehnts weiter. Ende 1991

berichtete *The Economist*, daß die realen Rohstoffpreise ihr tiefstes Niveau erreicht hatten, seit das Magazin 1845 damit begonnen hatte, einen umfassenden Index zu errechnen (2). Mitte 1992 waren die durchschnittlichen Rohstoffpreise immer noch auf einem historischen Tiefststand. Viele von ihnen, insbesondere jene, die für Länder mit niedrigem Einkommen von großer Bedeutung sind (z. B. Kakao und Kaffee), lagen weit unter dem Niveau der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre.

Internationale Rohstoffabkommen waren aus der Mode, und jene, die bestehen blieben, lassen keine wirtschaftlichen Klauseln zur Anwendung kommen, sind hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft begrenzt und scheinen in ständigen finanziellen Schwierigkeiten zu sein. (Kanada, ein bedeutender Exporteur von Rohstoffen, hat sich während der vergangenen vier Jahre leise aus fünf Abkommen zurückgezogen – Kakao, Zucker, Kaffee, Gummi und Jute.)

Die Aussichten für die einkommensschwachen Teile Afrikas südlich der Sahara sind besonders trüb. Sogar die optimistischsten Vorhersagen lassen das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen bis zur Jahrhundertwende so ziemlich unverändert und immer noch weit unter dem Niveau zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit. Viele der sonst positiven Entwicklungen auf globaler Ebene scheinen sich auf das unterentwickelte Afrika negativ auszuwirken. Es scheint, als ob das Ende des Kalten Krieges offizielle Zahlungsströme und technische Unterstützung von Afrika ablenken wird. Der lang ersehnte Durchbruch auf dem Gebiet der Landwirtschaft im GATT wird die Getreidepreise für nahrungsmittelimportierende afrikanische Länder in die Höhe treiben, und es gibt kein Anzeichen für entsprechende Kompensationsvereinbarungen. Der Erfolg auf anderen Gebieten der Uruguay-Runde wird die Tarifvorzüge, die diese Länder in der Lomé-Konvention und im GSP genießen, zunichte machen. Neue Disziplin im GATT bei Exportsubventionen, Dienstleistungen, Investitionsmaßnahmen und geistigem Eigentum wird wahrscheinlich Nachzügler wichtiger Steuerungsinstrumente, die andere im frühen Stadium der Industrialisierung nützlich fanden, berauben oder ihren Verwendungsspielraum einschränken. Die Länder am südlichen Ende des Kontinents befürchten böse kurz- bis mittelfristige ökonomische Konsequenzen, die aus einem neuen demokratischen Südafrika herrühren: die erzwungene Rückkehr ungelernter Gastarbeiter und ein neues Abwandern knapper Facharbeiter und sonstiger Fachleute aufgrund gut bezahlter neuer und relativ nah gelegener Arbeitsmöglichkeiten. Eine brutale Trockenheit sucht dieses Jahr das südliche Afrika heim und bringt neues Unheil für Bewohner, die bereits am Rande des Ertragbaren leben.

4. Politische Wurzeln der Praktiken des Nordens gegenüber dem Süden

Heimische politische und wirtschaftliche Einflüsse haben in den achtziger Jahren deutlich eine Hauptrolle beim Versagen der Regierungen des Nordens gespielt, auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer ver-

ständnisvoller zu reagieren. Am wichtigsten war vielleicht die Tatsache, daß in den achtziger Jahren das „Goldene Zeitalter“ (hinsichtlich wirtschaftlicher Entwicklung) der fünfziger und sechziger Jahre nicht wiedererlangt werden konnte. Die Erholung von der Rezession der Jahre 1973 und 1974 ging ziemlich rasch vor sich, konnte aber nicht aufrechterhalten werden. Eine schwere weltweite Rezession zu Beginn der achtziger Jahre wurde von relativ langsamem Wachstum in den meisten Industrieländern und einer erneuten Rezession Anfang der neunziger Jahre abgelöst. In den achtziger Jahren blieben die Arbeitslosenraten im Vergleich zu früheren Jahrzehnten in den OECD-Ländern hoch. Klarerweise konnten diese kontinuierlichen Probleme nicht zyklischen Einflüssen zugeschrieben werden. Bis zum Jahre 1992 war die Arbeitslosigkeit zum vorrangigsten Problem der OECD erklärt worden.

Es gab parallele Schwierigkeiten in den heimischen Finanzsystemen der industrialisierten Länder. Übermäßige Kreditvergabe und schwache Aufsichtseinrichtungen brachten in einer Periode mit geringerem Wachstum als erwartet Bankrotte, Verluste und schwindendes Vertrauen in die Finanzsituation.

Perioden mit hoher Arbeitslosigkeit und finanzieller Instabilität erlegen den Regierungen typischerweise zusätzlichen finanziellen Druck auf und lenken ihre Aufmerksamkeit auf dringliche Bedürfnisse im Inland. Sie sind gewöhnlich keine Zeiten, in denen eine längerfristige oder internationalere Sichtweise durchgesetzt wird. In den Achtzigern und frühen Neunzigern waren die politischen Prioritäten in den Industrieländern von kurzfristiger Natur und an heimischen Interessen orientiert.

Diese relative Inlandsorientierung ist parallel gelaufen mit einer schwindenden Attraktivität sozialdemokratischer Ansätze und einem Aufschwung der marktorientierten Politik in vielen OECD-Ländern. Auf internationaler Ebene ist ein daraus folgendes Ende des an Reformen und Umverteilungen ausgerichteten Experimentierens festzustellen, wofür es scheinbar verminderte politische Unterstützung in den einzelnen Ländern gibt. Jemand, der heute voraussagen würde, welche Richtung solche politischen Trends einschlagen werden, wäre sehr verwegen. Obwohl es jetzt vielleicht schwierig ist, sich eine weitere Bewegung nach „rechts“ vorzustellen, gibt es auch wenige Anzeichen einer Verschiebung zurück (3).

Demographische Veränderungen in der OECD – das signifikante Altern ihrer Bevölkerung – kann im Verlauf des kommenden Jahrzehnts den Druck auf die Fiskalsysteme der OECD erhöhen, die Sparrate (die schon niedriger ist als früher) verringern und wachsenden politischen Konservatismus hervorrufen. Man glaubt nun auch, daß der gestiegene private Reichtum in der OECD einen dämpfenden Einfluß auf private Ersparnisse ausübt. Gleichzeitig erfordert die vergleichsweise Vernachlässigung der sozialen Infrastruktur und des Umweltschutzes wahrscheinlich zusätzliche Inputs der einzelnen Länder, insbesondere im öffentlichen Sektor, die die Bereitschaft und/oder Fähigkeit der OECD, ih-

re Ressourcen mit dem Rest der Welt zu teilen, in den neunziger Jahren verringern.

Andererseits gibt es so manche politische Entwicklung in einzelnen OECD-Ländern, die Anlaß zur Hoffnung geben. Die größere Stärke der Umweltbewegung drängt die Regierungen vielleicht in Richtung einer verstärkten globalen Zusammenarbeit und insbesondere einer größeren Hilfe für Entwicklungsländer (obwohl auch damit verbundene Risiken erhöhter Handelseinschränkungen und ungeeigneter neuer Bedingungen, an die die Hilfe geknüpft wird, auftreten). Der Aufschwung der Frauenbewegung kann ebenfalls eine Reihe von „netteren, sanfteren“ und weniger kurzsichtigen Regierungspositionen gegenüber den Entwicklungsländern ankündigen. Vielleicht viel wichtiger als jede dieser beiden ist die verbesserte Aussicht darauf, daß sich heimische Unternehmen aktiv an weltweiten wirtschaftlichen Angelegenheiten beteiligen werden und dadurch auf Veränderungen drängen, die eine gesteigerte Ordnung, Vorhersehbarkeit und einen wirtschaftlichen Fortschritt auf globaler und nicht nur auf nationaler Ebene sicherstellen.

In den achtziger Jahren spielten auch „bürokratisch-politische“ Einflüsse eine wichtige Rolle in den Reaktionen der OECD auf die Nord-Süd-Fragen. In diesem Jahrzehnt wurden die Probleme der Dritten Welt mehr als je zuvor von Finanzministern angesprochen. Die Schuldenkrise und die universelle Notwendigkeit der Entwicklungsländer, „Zahlungsbilanzschocks“ zu absorbieren, rückten den IWF ins Zentrum der abgehaltenen Nord-Süd-Verhandlungen. Strukturelle Anpassungen und Kreditgewährungen durch die Weltbank spielten ebenfalls eine bedeutende Rolle in den Erfahrungen der Dritten Welt während der achtziger Jahre. Solides Finanzmanagement und vorsichtiges makroökonomisches Management waren die Elemente der Entwicklungspolitik, die vorrangig seitens der internationalen Finanzsituationen in Washington und der ihnen Rückendeckung gebenden Finanzministerien von den Kreditnehmern gefordert wurden. Strukturelle Anpassung wurde eindeutig vor Armutsbekämpfung, Projektanalyse und den eher mikroökonomisch orientierten Hilfsorganisationen und den außerhalb des Regierungssektors stehenden Organisationen gereiht. Finanzministerien neigten dazu, die Außenhandelsministerien zu beherrschen. Aus diesem Grund sahen sich diese im voraus dazu gezwungen, die Opfer externer Schocks in erster Linie ihre eigenen Bilanzen ausgleichen zu lassen, anstatt weitreichendere Lösungen zu suchen. Wenige von uns erwarten von den nationalen Finanzministerien bzw. Zentralbanken langfristige Perspektiven oder globales Denkvermögen. Die achtziger Jahre boten in dieser Hinsicht keine Überraschungen.

Auf internationaler Ebene finden sich weitere Erklärungen für das Scheitern des Nordens, den von der Brandt-Kommission festgestellten Bedürfnissen des Südens und den globalen Imperativen nachzukommen. An erster Stelle die Tatsache, daß die Entwicklungsländer vollkommen versagt haben, die Industrieländer davon zu überzeugen, daß es in den achtziger Jahren mehr als je zuvor im Interesse der letzteren gewesen

wäre, zugunsten der Entwicklungsländer auf Einkommen oder Macht zu verzichten. Die Macht des Erdöls (oder anderer Rohstoffe) hat sich als kurzlebig erwiesen – Industrieländer haben davor keine Angst mehr. Die Schuldenkrise stellte vorübergehend eine ernstzunehmende Gefahr für die Stabilität des internationalen Finanzsystems dar. Die Entwicklungsländer waren jedoch nicht in der Lage, das temporäre Einflußpotential zu ihrem Vorteil zu nutzen, und mittlerweile ist es wieder verschwunden.

Im allgemeinen hatte der Süden aufgrund der stark divergierenden Interessen Schwierigkeiten, der übrigen Welt als einheitliche Front gegenüberzutreten. Die Erfahrungen Asiens in den achtziger Jahren zeigten sich völlig unterschiedlich von denen Afrikas oder Lateinamerikas. Mexiko, Südkorea und andere Länder bewerben sich aktiv um eine Mitgliedschaft bei der OECD. Zahlreiche lateinamerikanische Staaten streben nach bevorzugten bilateralen Abkommen mit den Vereinigten Staaten. Viele stellen die Zukunft der G77 in Frage und/oder drängen nach einer Aufgabe der „Nord-Süd“-Terminologie. Manche fordern Bündnisse mittelgroßer Staaten oder „Allianzen außerhalb der Großen Fünf“ oder regionale bzw. ausschließlich themenspezifische Allianzen. Der politische und ökonomische Antrieb für solche Initiativen wie z. B. der Süd-Kommission, Gruppe der 15 und ähnliche, war in den achtziger und neunziger Jahren deutlich schwächer als zuvor in den siebziger Jahren, und es scheint, als ob dieser schwach bleiben wird.

Der Hoffnungsschimmer, was internationale Aktionen anbelangt, die auf glaubwürdigen Drohungen des Südens beruhen, liegt im Bereich der Umwelt. Die Entwicklungsländer haben überzeugende Trümpfe im Ärmel: ihre Wälder, ihr künftiger Energieverbrauch, ihre Artenvielfalt, ihr rasches Bevölkerungswachstum usw. Jedoch sind bis dato die nördlichen Regierungen in diesen und so vielen anderen Bereichen noch nicht von der Notwendigkeit überzeugt worden, den Entwicklungsländern mehr Hilfe zu gewähren. Die Entwicklungsländer haben ihrerseits noch keinen Weg gefunden, ihre bedeutende Sache zwingender zu machen. Hätte die Asche eines philippinischen Vulkanausbruchs in dem Jahr unmittelbar vor dem Weltumweltgipfel in Rio nicht vorübergehend den langsamen Prozeß der Erwärmung der Erdatmosphäre unterbrochen, wären unter Umständen größere Fortschritte zu verzeichnen gewesen, aber vermutlich nicht allzu viele.

Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kontrolle des Drogenhandels und des Terrorismus, der verstärkte Einsatz nuklearer Energie und internationale Migration sind ebenfalls potentielle zukünftige Einflüßinstrumente der Entwicklungsländer. Allerdings scheint die Aussicht auf ihren effektiven und kraftvollen Einsatz hinsichtlich allumfassender Nord-Süd-Reformen noch weit entfernt.

Zu dem Antrieb, die Nord-Süd-Problematik der achtziger Jahre zu bewältigen, kam am Ende des Jahrzehnts noch ein bedeutender politischer „Schock“ hinzu: das Ende der Ära des Kalten Krieges und das Aufkommen neuer dringender Probleme in der ehemaligen UdSSR und den Ost-

blockländern. Die Aufmerksamkeit der für die Außenpolitik Zuständigen und der Financiers in der OECD wurde auf ein gänzlich neues Gebiet gelenkt.

Es wäre schwierig, die Wichtigkeit der folgeschweren Ereignisse in der Ex-UdSSR und den osteuropäischen Staaten für die globalen Entwicklungsaussichten überzubetonen. Sprecher der Entwicklungsländer haben im allgemeinen das Ende des Kalten Krieges, die Aussicht auf eine „Friedensdividende“, erweiterte Mitgliedschaften in multilateralen Finanz- und Handelsorganisationen und -abkommen etc. ebenfalls begrüßt. Es wäre jedoch unrichtig, sich vorzustellen, daß all diese Entwicklungen notwendigerweise der gesamten Weltbevölkerung in kurz- oder mittelfristiger Hinsicht Gutes verheißen oder unmittelbar bevorstehende Ungewißheiten und Probleme nur von vorübergehender Dauer sein werden.

Die realistischere unmittelbare Aussicht ist die Reallokation beträchtlicher Summen der weltweiten Finanzmittel, im besonderen die Rationierung der öffentlichen Gelder (inklusive der Geldströme, die über den IWF und die Weltbank laufen) von afrikanischen und anderen Ländern der niedrigeren Einkommensklasse weg und hin zur ehemaligen UdSSR bzw. zu Osteuropa. Das Ausmaß dieser Geldströme könnte in globalen Finanzdimensionen gering erscheinen – sicherlich sind auch die Auswirkungen auf die Zinssätze unwesentlich. Für die verlierenden einkommensschwachen Länder könnten diese Geldströme jedoch von großer Bedeutung sein. Auch sind diese einkommensschwachen Länder vermutlich keine wesentlichen Begünstigten der erweiterten Handelsmöglichkeiten, die beschleunigte Entwicklungen in den vormals zentralistisch organisierten Volkswirtschaften schließlich mit sich bringen könnten. Diese werden in erster Linie Europa, gefolgt von den Vereinigten Staaten, Japan und anderen OECD-Staaten, zugute kommen.

Der Rückgriff auf die Inanspruchnahme von IWF-Mitteln unterstellt die Erwartung, daß die makroökonomischen Probleme der Länder, die von zentraler Planwirtschaft auf das marktwirtschaftliche System umstellen, relativ kurzfristiger und vorübergehender Natur sind. Es wäre erfreulich, dem Glauben schenken zu können. Viel wahrscheinlicher sind eine lange Periode gravierender Störungen, makroökonomischer Ungleichgewichte, politischer Unsicherheit und eine fortdauernde Verstrickung des IWF in Situationen der „verlängerten Inanspruchnahme“ seiner knappen Mittel.

5. Führungsrolle in den Neunzigern?

In einer Hinsicht ist es jetzt möglich, vollkommen eindeutige Tatsachen festzustellen. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind nicht in der Lage, die notwendige globale Führungsrolle in der komplexeren und mehrpoligen Welt der neunziger Jahre einzunehmen. Die „Neue Weltordnung“ wird nicht von Amerika angeführt werden.

Es ist sehr wichtig, sich vor Augen zu halten, daß die Rolle Europas im Welthandel und in der Weltentwicklungshilfe in der heutigen Zeit beträchtlich größer ist als die der Vereinigten Staaten, und auch, daß Japan in den Hilfeleistungen aufgeholt hat und bereits den Bereich der internationalen Finanzierung dominiert (siehe Tabelle 3 für genauere Daten). Aber die Unfähigkeit der Vereinigten Staaten, die Führungsposition einzunehmen, ist nicht ausschließlich oder hauptsächlich auf die relative Zunahme der wirtschaftlichen Stärke der Europäischen Gemeinschaft und Japans zurückzuführen. Mehr Bedeutung kommt der jetzigen und zukünftigen Stimmung in der politischen Arena in den Vereinigten Staaten zu.

Tabelle 3:**Regionale Verteilung von Entwicklungshilfe und Warenhandel**

	Anteil an der weltweiten offiziellen Entwicklungshilfe (in %)		Offizielle Entwicklungshilfe in % des BNP		Anteil am Welthandel mit Waren 1990 (in %)	
	1980-81	1989-90	1980-81	1989-90	Alle Handelspartner	Handel mit Entwicklungsländern
USA	16,5	16,6	0,23	0,18	14,9	3,5
EG insgesamt	30,5	39,7	0,48	0,50	40,9	5,4
Japan	10,6	16,4	0,30	0,31	5,8	2,0

Quellen: Entwicklungshilfe: OECD, DAC, 1991 Report (Paris 1991) 172-3; Welthandel: World Bank, Global Economic Prospects and the Developing Countries (1992) 64.

Die brennenden globalen Fragen wie Reduzierung der Armut, Umwelterhaltung, verstärkte multilaterale Vereinbarungen hinsichtlich globaler Verwaltungsstrukturen etc. waren auf den amerikanischen politischen Tagesordnungen der achtziger und frühen neunziger Jahre nicht vorherrschend. Dies ist keine Schuldzuweisung für einen mangelnden globalen Fortschritt, für welchen alle einen gewissen Grad an Verantwortung tragen. Stattdessen ist es eine Konfrontation mit einer verhängnisvollen Wirklichkeit, deren Nichtzurkenntnisnahme die Entwicklung von Strategien und Taktiken für globale Reformen in den neunziger Jahren behindern wird.

Man kann und soll nicht einem Land die Führungsrolle zusprechen, das

- im letzten Jahrzehnt das schlechteste oder zweitschlechteste Mitglied der OECD hinsichtlich des Anteils der öffentlichen Entwicklungshilfe

- am BNP und des Anteils der öffentlichen Entwicklungshilfe für die ärmsten der Entwicklungsländer war;
- sich als letztes großes Industrieland gegen genaue Fristen bezüglich Treibhausgasen (Kohlendioxid, Methan) und gegen die Reduktion von Emissionen ausspricht, sich resolut gegen Kohle- und Energiesteuern wehrt und sich weigert, den globalen Vertrag für Artenvielfalt zu unterzeichnen;
 - obwohl es eines der reichsten Länder der Welt ist, alljährlich einen beträchtlichen Teil der vorhandenen Bruttoweltersparnisse verzehrt und das sich, in absoluten Zahlen gesehen, zur langfristig größten nettoverschuldeten Nation entwickelt hat;
 - der in der Vergangenheit und heute noch immer größte säumige Schuldner in Hinblick auf die laufenden Verpflichtungen gegenüber dem UNO-Budget ist – sowohl dem Friedenserhaltungsbudget als auch dem allgemeinen Budget (die Rückstände betragen für ersteres rund 40 Millionen US-\$ und für zweiteres rund 555 Millionen US-\$). Japan ist der zweitgrößte säumige Schuldner;
 - die Ausweitung der dem IWF und der Weltbankgruppe zur Verfügung stehenden Mittel bei jeder sich ergebenden Gelegenheit in den achtziger und neunziger Jahren erfolgreich zu verhindern oder verlangsamen mußte;
 - sowohl vor dem Toronto-Gipfel als auch in jüngerer Zeit der hauptsächliche Bremsklotz bei den Bemühungen war, die unter den Auspizien des Pariser Clubs entstandenen Schulden der einkommensschwächsten Länder auf bedienbare Höhen abzuschreiben (obwohl es mit Lichtgeschwindigkeit handelte, wenn es darum ging, zum strategisch richtigen Zeitpunkt eine Schuldenreduzierung zugunsten Ägyptens und Polens vorzunehmen);
 - weiterhin unter seine Handelsnormen „301“ und „Super 301“ schwächere Entwicklungsländer (und andere) im bilateralen Handel aggressiv und entgegen den Regeln des GATT schikaniert, und so Praktiken betreibt, die viel bedrohlicher sind für die Aussicht auf ein zur Gänze multilaterales Handelsregime als die aller anderen Großmächte.

Das Verhalten anderer Länder des Nordens ist bei weitem nicht vorbildlich gewesen. Überdies hat das Wissen um die Unnachgiebigkeit der Vereinigten Staaten vielleicht andere stimuliert, sich bis zu einem gewissen Grad kostenlos und zum Gefallen der Allgemeinheit ins Rampenlicht zu stellen. Einige derer, die das Verhalten der Vereinigten Staaten kritisieren, haben während des Großteils der vergangenen vierzig Jahre auch aus der Sicherheit des US-Verteidigungsschirmes Nutzen gezogen. Trotzdem besteht alles in allem beträchtlich größerer Anlaß zur Hoffnung auf eine politische Reaktion auf die Herausforderungen der globalen Entwicklung in den neunziger Jahren außerhalb der USA als auf eine Initiative, die von den USA angeführt oder auch nur unterstützt wird.

Der Einfluß der Vereinigten Staaten auf die Zukunft der Welt steht nun in keinem Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Rolle in der Weltwirt-

schaft. Die Welt fügt sich dem Einfluß Amerikas zum Teil wegen seiner fortbestehenden Militär- und Wirtschaftsmacht; aber zum Teil tut sie dies auch nur aus Gewohnheit. Die Vereinigten Staaten hätten durch die Drohung ihres Präsidenten, nicht teilzunehmen, nicht in der Lage sein sollen, auf dem Rio-Gipfel ein Veto gegen wichtige Entscheidungen einzulegen. Sie sollten gegenwärtig keinen derart dominierenden Einfluß auf die Personalführung und Funktionsweise der Weltbank und des IWF haben.

Um die Katastrophen abzuwenden, die ansonsten die Welt heimsuchen können – auf die die Brandt- und Brundtland-Kommissionen so wirkungsvoll die Aufmerksamkeit gelenkt haben –, müssen andere Länder einfach anfangen, Strategien, Taktiken und schließlich institutionelle Vereinbarungen zu entwickeln, die eine Vorwärtsbewegung in globalen Angelegenheiten ohne die volle Mitwirkung aller aufsässigeren Mitglieder der Weltgemeinschaft erlauben. Doch die jüngste Verlagerung des Einflusses in globalen wirtschaftlichen und Entwicklungsangelegenheiten von den Instanzen der Vereinten Nationen hin zu den Finanzinstitutionen in Washington riskiert, ein nicht zufriedenstellendes System sogar unmittelbar noch schlechter zu machen.

Woher kann die Führerschaft nun kommen? Es hat immer ein nicht genutztes Potential für koordinierte und problemstellungsspezifische Diplomatie der mittleren Mächte gegeben, jene, die über das traditionelle Nord-Süd-Gefälle hinausgeht, mit eingeschlossen. Vielleicht ist es an der Zeit für eine konzentrierte Anstrengung der mittelgroßen Länder, zumindest einigen der globalen Problemstellungen einen bedeutenderen Platz auf der Bühne der Weltpolitik einzuräumen.

Könnte Europa eine aktivere Rolle spielen? Es scheint nur mit seiner eigenen Vereinigung und den Nachwirkungen des Kalten Krieges beschäftigt. Ungeachtet dessen ist es bei vielen globalen und entwicklungstechnischen Fragen viel entgegenkommender als die Vereinigten Staaten gewesen; und trotzdem hat Europa es unterlassen, irgendwelche Streitfragen auf der weltweiten Tagesordnung gegen die widerspenstigen Vereinigten Staaten durchzudrücken. Es verfügt über mehr wirtschaftliche Macht, als es bisher bereit war anzuwenden.

Wie steht es mit Japan? Es gibt jüngst Bewegungen in den internationalen Finanzinstitutionen und im System der Vereinten Nationen, die vermuten lassen, daß Japan nicht ganz glücklich ist mit herkömmlichen Ansätzen. Im Vorfeld der Konferenz in Rio stiegen die Erwartungen auf einen bedeutenden Vorstoß Japans in Umweltangelegenheiten. Er vollzog sich allerdings nicht. Aber Japans Finanzmacht ist beträchtlich. Sie könnte fortschrittlicher eingesetzt werden.

Ein Anfang könnte, möglicherweise mit breiter nichtamerikanischer Unterstützung, bei den IDA-10 Wiederauffüllungsverhandlungen, der IWF-Erweiterung (durch neuerliche SDR-Zuwendungen, Quotenerweiterung, Erweiterung seiner begünstigten Kredite, erweiterte Kompensationsfinanzierungen etc.) und der Weiterführung von Rio gemacht werden. Wenn nötig, könnte den USA neuerlich angedroht werden, daß der

amerikanische Kapitalmarkt bei der Aufnahme von Kapital durch jene multilateralen Finanzinstitutionen, zu denen die USA nicht ihren entsprechenden Anteil beitragen, nicht herangezogen wird.

Es ist notwendig, die Brandt-Vision neu zu formulieren und so manche Aktivität zu initiieren, die zur Erreichung ihrer Ziele in den Neunzigern beitragen. Wie soll man das angehen?

Ist es Zeit für ein weiteres Cancún? Ist der Erfolg nun wahrscheinlicher als in Cancún? Sollten die G15 die G7 treffen? Wie könnte so ein Gipfeltreffen arrangiert werden? Oder ist dieser Trubel um Gipfeltreffen verlorene Zeit?

Kann man stattdessen auf der Ebene spezifischer Institutionen oder Interessen oder Funktionen am besten an der Veränderung arbeiten? Kann man die relevanten Teile des Systems der Vereinten Nationen verbessern und nutzen? Kann man die Weltbank demokratisieren? Sollte man mehr auf regionaler Ebene unternehmen und insbesondere die regionalen Entwicklungsbanken stärken und globale Ansätze auf später verschieben? Wie kann die politische Unterstützung einer rascheren und tiefergehenden Veränderung zustandegebracht werden? Gibt es Prioritäten und Druckpunkte? Wie sehen die nächsten Schritte aus und wer soll sie unternehmen?

Ich hoffe, daß das Symposium genau auf solche Fragestellungen mehr Licht wirft und sogar ein Einverständnis erzielt.

Anmerkungen

- (1) Im Original „new imperialism“; Anm. d. Übers.
- (2) The Economist (11. Jänner 1992).
- (3) Der Vortrag wurde bereits rund ein halbes Jahr vor der Wahl Bill Clintons zum Präsidenten der Vereinigten Staaten formuliert; Anm. d. Red.

Literatur

- Brandt, Willy et al., North-South: A program for survival (= The Report of the Independent Commission on International Development Issues, Cambridge, Mass. 1980).
- Brandt, Willy et al., Common Crisis, North-South: Cooperation for World Recovery (London, Sydney 1983).
- Brundtland, Gro Harlem et al., Our Common Future, Report of the World Commission on Environment and Development (Oxford 1988).
- Cassen, Robert et al., Rich Country Interests and Third World Development (London, Canberra 1982).
- Kirdar, Üner, Change: Threat or Opportunity? Bde. 1–5 (United Nations, New York 1992).
- Marris, Stephen, A Proposal to Create the „Group of the Non-five“, in: World Economic Summits: The Role of Representative Groups in the Governance of the World Economy (= Study Group Series No. 4, WIDER, UNU, Helsinki 1989).
- Mexico, Secretaria de Relaciones Exteriores, Cancún 1981, Framework, Debates and Conclusions of the International Meeting on Cooperation and Development (Mexiko 1982).
- Nyerere, Julius K. et al., The Challenge to the South, The Report of the South Commission (Oxford 1990).

- OECD, Development Co-operation, Efforts and Policies of the Members of the Development Assistance Committee, 1991 Report (Paris 1991).
- United Nations, World Economic Surveys (versch. Jahrgänge).
- United Nations Conference on Trade and Development, Trade and Development Report (versch. Jahrgänge).
- United Nations Development Program, Human Development Reports (versch. Jahrgänge).
- Wood, Bernard, The Middle Powers and the General Interest (Ottawa 1988).
- World Bank, World Development Reports (versch. Jahrgänge).
- World Bank, World Debt Tables, 1991–1992, External Debt of the Developing Countries (Washington, D. C. 1991).
- World Bank, Global Economic Prospects and the Developing Countries (Washington, D. C. 1992).